

An  
den Correspondenten des Dresdner Journals  
aus dem Voigtlande.

In No. 55 des Dresdner Journals spricht sich ein Correspondent aus dem Voigtlande, dessen Chiffre 10 ist, über den hiesigen Märzverein und die Lehrer, die Mitglieder desselben sind, auf eine Weise aus, die eine ernste Rüge verdient.

Zuerst nennt er den Märzverein einen Verein, „der die Republik als einziges Glück der Völker preise und dessen Tendenzen gegen Verfassung und Vaterland gerichtet seien.“ Der Märzverein ist von der Linken der Frankfurter Nationalversammlung — nicht bloß von der äußersten — Angesichts der Reaction gegründet worden, und im Ausschusse des Centralmährvereins sitzen Mitglieder aller Fractionen dieser Partei. Der Märzverein will durch ein geistiges Band Alle einigen, die vorwärts wollen, mögen sie Republikaner oder Monarchisten sein, mögen sie einem Vaterlandsvereine oder dem deutschen Vereine angehören. Da dies sein Zweck ist, so kann er weder Monarchie, noch Republik als einziges Glück der Völker preisen; denn thäte er das eine oder das andere, so würde er nicht einigen, sondern trennen und also aufhören, Märzverein zu sein. Das Alles ist oft genug und klar genug auseinander gesetzt worden, theils im Programm des Centralmährvereins, theils in öffentlichen Bekanntmachungen des hiesigen Märzvereins. Der Correspondent aber und mit ihm Viele seiner Partei bleiben bei ihrem Sage. Nun, so mögen sie dabei bleiben, so lange sie das Streben, durch Verdächtigungen einem Vereine zu schaden, für ein ehrenhaftes halten.

Sodann behauptet der Correspondent, daß sich mehrere Lehrer der hiesigen Bildungsanstalten „ziemlich entschieden für Republik entschieden“ haben. Und besonders hat er, wie sich aus dem Zusammenhange ergibt, Lehrer des Gymnasiums im Auge. Zufällig aber haben sich gerade einige Gymnasiallehrer, die jetzt dem Märzverein angehören, entschieden gegen Republik erklärt. Diese sind nehmlich aus dem Volksverein getreten, sobald er sich an den Jäckelschen Vaterlandsverein angeschlossen und haben in dem Artikel: der Märzverein offen bekannt, warum dies geschehen sei, deswegen nehmlich, weil sie eine Republik für Sachsen in keiner Weise für nöthig und in vielfacher Weise für gefährlich hielten, und es ihnen daher ihr politisches Gewissen nicht gestattete, einem Vereine fernerhin anzugehören, der die Monarchie aus seinem Programme gestrichen. Möge daher der Correspondent erklären, welche Gymnasiallehrer „sich ziemlich entschieden für Republik entschieden haben“ und bei welcher Veranlassung, damit nicht seine Aussage als eine hämische Rüge erscheine.

Aber angenommen — natürlich nicht zugegeben — daß sich die Sache so verhielte, wie der Correspondent 10 vorgiebt: was läge darin für eine Gefahr? Der politische Glaube des Gegners werde bekämpft, aber zugleich geehrt, wenn er ein ehrlicher und vernünftiger ist. Ehrlichkeit und Vernunft findet sich aber nicht bei einer Partei ausschließlich. Mag daher Jemand ein Republikaner oder Monarchist sein, ist sein politischer Glaube ein ehrlicher und vernünftiger, dann muß uns der Mann ehrenwerth erscheinen, auch wenn wir seine politischen Ansichten nicht theilen.

Endlich meint der Correspondent, durch die Theilnahme der Lehrer an Vereinen würden der Anstalt die besten Kräfte ihrer Arbeiter entzogen. Demnach sollen nach seiner Ansicht Lehrer an keinem Vereine Theil nehmen. Dieser Ansicht tritt nun freilich die des vorigen Cultministers v. d. Pfordten entgegen, welcher am letzten Landtage erklärte, in jetziger Zeit müßte Jeder Partei nehmen und Keiner dürfe theilnahmlos bleiben. Diese Stimme wird dem Correspondenten hoffentlich nicht ohne Gewicht sein und er wird — irren wir uns nicht — den Lehrern die Theilnahme am — deutschen Vereine recht gern gestatten.

Wer mit unredlichen Waffen kämpft, wahrlich! der ist für die Pressfreiheit nicht reif und der Pressfreiheit nicht werth.

Siebente Sitzung der Stadtverordneten  
am 1. März 1849.

Ehe Referent zur heutigen Tagesordnung übergeht, aus der ersten Sitzung des größern Bürgerausschusses kürzlich nur so viel, daß der Beschluß der frühern Stadtverordneten, annoch einen besoldeten Stadtrath für Forst- Bau- und Finanzwesen anzustellen, aus formellen und materiellen Gründen für null und nichtig erklärt worden ist. Dabei aus einem Referate folgende sehr interessante Notizen: Plauen hat ältere Reste an Schulbaugeldern bis

ult. Dezbr. 1847	1435	thlr.	—	gr.	—	pf.
an Atmosphenbeiträgen bis dahin	541	„	—	„	—	„
an Wacht- und Beleuchtungsgeldern bis dahin	208	„	10	„	—	„
städtische Anlagereste bis dahin	7619	„	—	„	—	„
Schulgelderreste bis dahin	4292	„	—	„	—	„
rückständige Pacht- und Miethzinsen, Erstehungsgelder und Kapitalzinsen bis dahin	2807	„	25	„	6	„
bei der Rathsportelkasse ungefähr (jetzt vermindert)	4000	„	—	„	—	„
bei der Stadtgerichtsportelkasse	9000	„	—	„	—	„
	29,903	thlr.	5	gr.	6	pf.

sodann daß für den nächstens ausscheidenden Stadtrath, Herrn Hanoldt, der Bürger Fischer gewählt worden ist.

Die Distriktsvorsteher, Schlossmstr. Spranger und Friedr. Eckhardt hatten um Enthebung von ihren Funktionen nachgesucht. Für erstern werden nun die Bürger Schmidt,